

V1041/23

**Bauinvestitionen: Planung und Prioritäten 2024 ff des Hochbau- und Tiefbauamtes sowie der Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG (INKoBau)**  
**(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Fleckinger, Herr Engert)**

**Antrag:**

- 1.) Die Übersicht über die Bauinvestitionen (Anlagen 1 und 2) wird entsprechend den Ausführungen im Kurzvortrag zur Kenntnis genommen.
- 2.) Der vorgeschlagenen Bauinvestitionsplanung der städtischen Dienststellen und der INKoBau, soweit eine Abwicklung über den städtischen Haushalt erfolgt, wird entsprechend den Ausführungen im Kurzvortrag zugestimmt.
- 3.) Die Bauinvestitionsplanung ist eine der Grundlagen des zur Beschlussfassung vorzulegenden Haushaltsplans 2024 und der mittelfristigen Finanzplanung 2025 bis 2027. Die Verwaltung wird ermächtigt, erforderliche Änderungen in den Ansatzhöhen und deren Verteilung bis zur Beschlussfassung des Haushalts vorzunehmen, der gemeldete finanzielle Umfang sowie die Projekte bleiben davon unberührt.
- 4.) Ggfs. notwendige Änderungen in Beschlussvorlagen bezüglich des Terminrahmens und der Mittelbewirtschaftung der einzelnen Maßnahmen (Programm- und Projektgenehmigungen) werden durch diesen Beschluss ersetzt.

Ausschuss für Kultur und Bildung	21.11.2023	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	23.11.2023	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	29.11.2023	Vorberatung
Stadtrat	12.12.2023	Entscheidung

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 23.11.2023**

Oberbürgermeister Dr. Scharpf führt aus, dass man in der letzten Stadtratssitzung den Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung gefasst habe. In diesem Zusammenhang sei im Verwaltungshaushalt ein Einsparerfordernis in der Mittelfristplanung bis zum Jahr 2027 von 100 Millionen Euro identifiziert worden. Die rechtliche Grundidee in der kommunalen Finanzplanung sehe dabei so aus, dass man im Verwaltungshaushalt einen Überschuss erwirtschaftete. Dieser Überschuss könne in den Vermögenshaushalt überführt werden, um Investitionen tätigen zu können. In der Praxis sehe dies allerdings in praktisch allen Kommunen in Deutschland völlig anders aus. So könne man auch in Ingolstadt keine Überschüsse aus dem Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt überführen, da die Verwaltungshaushalte der Kommunen klamm und angespannt seien. Von daher müsse man aufseiten des Vermögenshaushaltes immer, wenn es um Investitionen gehe, diese durch Rücklagemittel oder Kredite finanzieren. Oberbürgermeister Dr. Scharpf erwähnt, dass man nun in Ingolstadt allerdings ein Bauinvestitionsprogramm vorliegen habe, das doch ganz

erheblich sei. Dies liege daran, dass es sich bei der Stadt Ingolstadt um eine immer weiterwachsende Stadt handle und man deshalb aufgrund der gestiegenen Geburtenzahlen vor allem bei Schulen und Kindertagesstätten investieren müsse. Deshalb spielen sich rund 80 Prozent des städtischen Hochbauvolumens alleine im Bildungsbereich ab. Wenn man nun Investitionen über Kredite finanziere, müsse man jedoch auch darauf achten, dass diese Kredite nicht ausufern. Denn zum einen müsse man natürlich diese Kredite auch irgendwann einmal tilgen und zum anderen müsse man selbstverständlich Zinsen dafür zahlen, die dann wiederum den Verwaltungshaushalt belasten würden. Wie man auch der vorliegenden Beschlussvorlage entnehmen könne, habe man deshalb intern die Zielsetzung vorgegeben, dass die Kreditaufnahmen für die Jahre 2024 bis 2027 den Rahmen von 350 Millionen Euro nicht überschreiten dürfen. Diesen Rahmen könnte man natürlich auch ausweiten, was dann allerdings den Verwaltungshaushalt wieder stärker belasten würde. Deshalb habe man versucht, beidem Rechnung zu tragen, indem man weiter investiere und dabei aber die Finanzierungssituation fest im Auge behalte. Denn vor allem die Bereiche Bildung und Sicherheit würden das Tätigen von Investitionen zwingend erforderlich machen, erklärt Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Aufgrund dessen sei nun die Bauinvestitionsliste entsprechend angepasst worden. Oberbürgermeister Dr. Scharpf möchte dabei ausdrücklich betonen, dass kein einziges Projekt gestrichen werde. Vielmehr sei bei der vorliegenden Liste erörtert worden, wie man Investitionen in den nächsten Jahren trotzdem ermöglichen und dabei eine größtmögliche Transparenz wahren könne. Oberbürgermeister Dr. Scharpf erklärt, dass es sich bei der vorliegenden Liste um kein Beschlussdokument handle. Insofern werde weder in der heutigen Ausschusssitzung noch in der nächsten Stadtratssitzung darüber befunden, ob Projekt A oder B realisiert werden solle oder nicht. Vielmehr gehe es hierbei darum, zu sagen, dass die Verwaltung mit dieser Liste als Orientierungslinie weiterarbeiten könne. Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist an dieser Stelle allerdings darauf hin, dass man das eine oder andere Projekt lediglich verschoben habe. Die Idee dahinter sei gewesen, dass, wenn man schon eine weiterwachsende Stadt mit steigenden Geburtenzahlen sei, man gerade im Bildungsbereich vor allem in den Neubau investieren müsse, damit neue Plätze beziehungsweise neue Klassenzimmer geschaffen werden könnten. Dies sei vorrangig vor der Sanierung bestehender Bauten. Deshalb habe man geprüft, an welcher Stelle es vertretbar sei, die eine oder andere Sanierung noch etwas zu schieben. So habe man beispielsweise bei den Schulen geschaut, wo man vielleicht mit geringeren Mitteln trotzdem Verbesserungen erzielen könne, ohne gleich in eine Generalsanierung einsteigen zu müssen. Dies sei die Gratwanderung gewesen, die man bei der Anpassung der Bauinvestitionsliste unternommen habe. Insofern handle es sich vorliegend um keine Streichliste, sondern um eine Orientierungshilfe, wie man gut durch die nächsten Jahre komme und trotzdem die städtischen Aufgaben erfüllen könne, betont Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Stadtrat Wöhrl bittet zunächst darum, in der heutigen Ausschusssitzung über die vorliegende Beschlussvorlage nicht vorberatend abzustimmen und stattdessen die Thematik noch einmal für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen zu geben. Ohne nun genaue Zahlen zu kennen, könne sich Stadtrat Wöhrl vorstellen, dass es sich bei der Verschiebung von 5 Millionen Euro aus dem Tiefbaubereich in den Hochbaubereich um den richtigen Ansatz handle. Allerdings dürfe es dabei nicht an die Substanz der Maßnahmen gehen, die vom Tiefbau noch durchgeführt werden müssen. Des Weiteren würde die von Oberbürgermeister Dr. Scharpf angesprochene maximale Kreditaufnahme für die Jahre 2024 bis 2027 in Höhe von 350 Millionen Euro zwar schon im Raum stehen, jedoch sei diese noch nicht beschlossen. An dieser Stelle möchte Stadtrat Wöhrl auch an das Thema Schulschwimmbäder erinnern, bei der die CSU-Stadratsfraktion auch weiterhin auf eine Lösungsfindung dränge. Diese Lösung müsse auch nicht viel Geld kosten, wichtig sei, dass die Kinder schwimmen lernen könnten und dies möglichst bald wieder möglich sei. Hierbei sei es der Wunsch der CSU-Stadratsfraktion gewesen, möglichst pragmatisch an die Lösung des Problems mit den Schulschwimmbädern heranzugehen. Des Weiteren seien zwar in der vorliegenden Investitionsliste ein paar wünschenswerte Kleinigkeiten enthalten, aber das, was man derzeit nicht benötige, müsse man auch nicht umsetzen. Dies könne man

dann wieder machen, wenn man ein bisschen Licht am Horizont sehe. Darüber hinaus habe Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits richtig erwähnt, dass man bei den Schulen und den Kindertageseinrichtungen sehr aufpassen müsse, so Stadtrat Wöhrl. Dabei sei die beschriebene Vorgehensweise, zuerst Neubauten zu schaffen, seiner Ansicht nach grundsätzlich richtig, da es hier um die einfach notwendigen Plätze gehe. Sofern es sich bei anderweitigen Baumaßnahmen um zwingende Reparatur- beziehungsweise Sanierungsarbeiten handle, sollte man diese aber auch durchführen, da man ein außer Betrieb genommenes Gebäude schnellstmöglich wieder in den Betrieb bringen müsse. In diesem Zusammenhang müsse man auch darauf aufpassen, dass kein Sanierungsstau entstehe, betont Stadtrat Wöhrl. Zusätzlich sollte man es auch vermeiden, dass die INKoBau GmbH & Co.KG und die Stadtverwaltung durch die Verschiebungen von Projekten zu wenig Arbeit bekämen. Außerdem müsse man bei der Verschiebung der Investition schon auch die daraus resultierenden Folgekosten mit der Finanzierung gegenrechnen, da zum Beispiel Gerüste oder Container auch Geld kosten würden. Zumal man hier zudem einer gewissen Preissteigerung ausgesetzt sei, erklärt Stadtrat Wöhrl. Insofern sei es wichtig, dass man diese Faktoren einberechne, wenn man etwas verschiebe. Letzten Endes bedeute Verschieben nämlich nicht gleich sparen, da es nur später und in der Regel teuer gemacht werde. Wenn man etwas umsetzen könne, sollte man deshalb nach der Meinung von Stadtrat Wöhrl versuchen, dies auch in schwierigen Haushaltszeiten zu tun.

Stadtrat Witty stellt fest, dass es sich vorliegend um eine beachtliche Investitionsliste handle. Deshalb dürfe man bei dieser Thematik nicht alles schlecht sehen, da doch sehr viele Projekte nach der vorliegenden Liste angepackt werden sollen. Nichtsdestotrotz gebe es in der Bauinvestitionsliste aber natürlich auch wie so oft schmerzhaft Dinge, so Stadtrat Witty. So habe es zum Beispiel mit Sicherheit schon viele Schülergenerationen im Apian-Gymnasium gegeben, die gedacht haben, dass sie irgendwann einmal aus einem sanierten Schulgebäude herausgehen würden. Im Übrigen gehe Stadtrat Witty davon aus, dass trotz dieses Bauinvestitionsprogrammes und den darin enthaltenen Verschiebungen keine Langeweile in den betroffenen Ämtern der Stadtverwaltung aufkomme. Deshalb möchte er in Erfahrung bringen, ob das Personal in den betroffenen Ämtern überhaupt noch mehr leisten könnte. Stadtrat Witty gehe einfach einmal davon aus, dass dies eher nicht der Fall sein werde. Des Weiteren würde ihn interessieren, ob man schon mit denjenigen gesprochen habe, die von den Verschiebungen betroffen seien und wie die Resonanz hierzu ausfalle. Da schon vieles an Bauunterhalt gemacht worden sei und auch noch gemacht werde, könnte es nämlich nach der Ansicht von Stadtrat Witty vielleicht durchaus der Fall sein, dass man mit dem, was bereits im Bauunterhalt gemacht werde, auch gut leben könnte. Dies täusche jedoch nicht darüber hinweg, dass trotzdem vieles auch im Argen liege. Als Beispiel hierfür nennt Stadtrat Witty den vorliegenden Bericht zur Turnhalle des Christoph-Scheiner-Gymnasiums. Nichtsdestotrotz komme er allerdings zu seinem Fazit, das es zwar bittere Zustände gebe, aber trotzdem sehr viel angepackt werde. Insofern handle es sich vorliegend wirklich um eine Zukunftsliste, die sich sehen lassen könne, betont Stadtrat Witty.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erklärt, dass es sich beim Apian-Gymnasium um keine Verschiebung aufgrund der aktuellen Haushaltslage handle. So habe man erst in dieser Wahlperiode die offene Frage geklärt, ob man für das Apian-Gymnasium einen Neubau errichten oder stattdessen das bisherige Schulgebäude sanieren solle. Der Stadtrat habe schlussendlich den Beschluss gefasst, dass man das bestehende Gebäude saniere. Zudem sei man auch erst in dieser Wahlperiode die Teilsanierung des Bauteils Nord des Apian-Gymnasiums angegangen. Mittlerweile sei diese Teilsanierung abgeschlossen, sodass das man im Bauteil Nord nun Interimsflächen für Schulen zur Verfügung stellen könne, die ihrerseits aktuell saniert würden. Momentan befinde sich im Bauteil Nord die Grundschule Haunwöhr/Hundszell, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Nun habe man allerdings vernehmen können, dass sich die Sanierung des Schulgebäudes in Hundszell aufgrund von noch nicht vorhandenen Fördermitteln des Freistaats Bayern verschieben werde. Von daher habe man hier eine Verschiebung, die dazu führe, dass die Grundschule Haunwöhr/Hundszell nicht vor dem Jahr 2026 aus dem Bauteil Nord ausziehen könne. Dies

bedeute, dass man auch die Generalsanierung des Apian-Gymnasiums nicht vor dem Jahr 2026 angehen könne, da das Bauteil Nord hierfür frei sein müsse. Von daher sei das Apian-Gymnasium ein ganz schlechtes Beispiel, um Kritik an der vorliegenden Liste zu üben, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Stadtrat Achhammer führt aus, dass man über die Situation insgesamt gesehen nicht glücklich sein könne. Verschieben bedeute immer Verteuern, denn wenn es um Reparaturen gehe, werde die Schadenshöhe in der Regel bei einer Verschiebung größer. Auch der Preisindex und die Inflation würden steigen, so Stadtrat Achhammer. Dies bedeute also, dass man bei einer Verschiebung der Projekte nicht billiger wegkommen werde, sondern teurer. Zwar könne man die Hoffnung haben, dass die Stadt Ingolstadt vielleicht über die nächsten Jahre gesehen wieder mehr Gewerbesteuerereinnahmen erhalte, sicher sei dies aber natürlich auch noch nicht. Stadtrat Achhammer ist deshalb der Meinung, dass man ganz anders an die Thematik herangehen und das Baumanagement komplett überdenken müsse. So habe man bereits mit der INKoBau GmbH & Co.KG eine Lösung gefunden, die funktioniere. Nach diesem Vorbild müsste man insgesamt in der Verwaltung dieses Problem angehen, so Stadtrat Achhammer. Er erinnere in diesem Kontext zum Beispiel nur an den Schulbau. So baue die Stadt Ingolstadt derzeit drei Schulen, für die man jeweils Ausweichcontainer benötige. Würde man die Kosten für diese Container bei allen drei Schulbauprojekten zusammenrechnen, dann ergebe dies einen Betrag von 15,8 Millionen Euro. Zum jetzigen Zeitpunkt wisse man allerdings noch nicht, wie lange diese Container im Endeffekt stehen bleiben müssen. Stadtrat Achhammer gehe hierbei von mindestens 10 Jahren aus, damit die Container auch förderfähig seien. Der Unterricht in den Container sei allerdings weder für die Schüler noch für die Lehrer gut, sodass dies insgesamt zu einer nicht befriedigenden Situation führe. Von daher müsse man nach der Ansicht von Stadtrat Achhammer das Thema Baumanagement insgesamt anders angehen. So habe schon einmal der Vorschlag im Raum gestanden, dass man beispielsweise für Neubauprojekte versuche, einen Generalunternehmer zu finden. Hierbei sei allerdings von der Verwaltung argumentiert worden, dass dies rechtlich nicht möglich sei. Eine andere Überlegung sei es, ähnliche Bauten wie zum Beispiel das Stadttheater, das Apian-Gymnasium und das Katharinen-Gymnasium zusammenzufassen und dabei so zu verfahren, wie man es nun beim Neubau für die Fachoberschule/Berufsoberschule gemacht habe. Dort seien für dieses Projekt zwei Mitarbeiter aus dem Hochbauamt in das Schulverwaltungsamt beziehungsweise in das Referat IV verfügt worden, erklärt Stadtrat Achhammer. Dies habe den Vorteil mit sich gebracht, dass der besagte Neubau relativ gut und zügig durchgeführt werden konnte. Anstatt die Projekte jetzt nur zu verschieben und dabei zu hoffen, dass das Geld irgendwann einmal wieder passe, müsse man einfach neu denken. Von daher sollte man nach der Meinung von Stadtrat Achhammer insgesamt über diese Thematik nachdenken. Ansonsten schließt er sich der Bitte von Stadtrat Wöhrl an, die vorliegende Beschlussvorlage noch einmal für weitere Beratungen zurück in die Fraktion zu geben.

Stadtrat Dr. Meyer führt aus, dass der vorliegende Vorschlag auch die Ausschussgemeinschaft FDP/JU bei weitem noch nicht überzeuge. Er müsse Stadtrat Achhammer auch in einigen Punkten recht geben, da eigentlich mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet werden. So habe Oberbürgermeister Dr. Scharpf in seinen einleitenden Ausführungen eigentlich erwähnt, dass die vorliegende Liste nun zunächst als erste Diskussionsgrundlage diene. Gleichzeitig solle der Stadtrat allerdings in seiner Sitzung am 12.12.2023 offenbar über die vorliegende Beschlussvorlage beschließen. Für einen Beschluss müsste man eigentlich jedoch schon weiter sein, betont Stadtrat Dr. Meyer. Natürlich könne man im Gesamtzusammenhang zu dem Ergebnis kommen, dass man einzelne Projekte verschieben müsse. Der Ausschussgemeinschaft FDP/JU sei dieses Vorgehen allerdings zu einfach und zu kurzsichtig. Zwar würde durch diese Taktik die Jahresrechnung schöner aufgehen, die Baukosten würden sich dadurch allerdings nie verringern. Zudem zeige dieses Vorgehen, dass dieser Plan nun relativ schnell zusammengeschustert worden sei und sich die Verwaltung nicht auf diese Aufgabe vorbereitet habe. Der Ausschussgemeinschaft FDP/JU fehle in der Liste inhaltlich

insbesondere bei den Schulbauten die Berücksichtigung von Fördermitteln. Aber auch beim Bauvorhaben am Viktualienmarkt gebe es beispielsweise eigentlich einen städtebaulichen Förderanteil von 80 Prozent auf die bisherigen Summen. Des Weiteren fehle der Ausschussgemeinschaft FDP/JU auch eine klare Gegenüberstellung mit dem Betriebsaufwand, so Stadtrat Dr. Meyer. Wenn man sich einmal überlege, dass am Apian-Gymnasium jährlich rund eine Million Euro für die Strom- und Gaskosten aufgewendet werden, dann müsse man sich schon fragen, ob in diesem Zusammenhang eine Verschiebung überhaupt noch Sinn mache. Im gleichen Kontext fehle auch der Abgleich mit den Nachhaltigkeitszielen der Stadt Ingolstadt, erklärt Stadtrat Dr. Meyer. Wenn man zum Beispiel in der Liste, die die Tiefbaumaßnahmen beinhalte, keine Radwege entdecke, dann müsse man sich schon auch fragen, wie dies eigentlich mit den städtischen Nachhaltigkeitszielen zusammenpasse. Zu Letzt fehle der Ausschussgemeinschaft FDP/JU eine Darstellung von möglichen Synergieeffekten. Zum Beispiel stelle sich bei den Schwimmbädern der Anteil am Betriebsaufwand besonders eklatant dar. Bei dieser Thematik habe man schon oft gehört, dass eine Zusammenlegung im Endeffekt der Stadt günstiger kommen würde als der langfristige Weiterbetrieb der einzelnen Schwimmbäder. Insofern stimme der vorliegende Vorschlag für die Ausschussgemeinschaft FDP/JU hinten und vorne noch nicht so ganz zusammen, sodass die Gesamthematik in ihren Augen noch nicht beschlussreif sei. Laut der Ziffer 3 des Antragstextes handle es sich bei der vorliegenden Bauinvestitionsplanung um eine Grundlage des Haushaltsplans 2024 und der mittelfristigen Finanzplanung 2025 bis 2027. Dies möge zwar so sein, aber die Ausschussgemeinschaft FDP/JU halte nichts davon, nur über bloße Verschiebungen im investiven Bereich die Jahresrechnung so hinzudrehen, dass der von der Verwaltung vorgegeben Schuldendeckel eingehalten werden könne. Zudem ist Stadtrat Dr. Meyer der Meinung, dass der allgemeine Konsolidierungsauftrag mit dem bloßen Blick auf die Baumaßnahmen nicht unterlaufen werden könne. Insofern bräuchte man seiner Ansicht nach hierfür ein Gesamtkonzept und dürfe bei weitem nicht nur auf die Bauinvestitionen schauen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erinnert daran, dass man vorliegend über die Investitionsplanung und somit über den Vermögenshaushalt spreche. Die eigentliche Konsolidierung betreffe hingegen den Verwaltungshaushalt. Hierzu befinde sich das entsprechende Konsolidierungskonzept derzeit noch in der Erstellung, teilt Oberbürgermeister Dr. Scharpf mit. Um auf die Investitionsplanung zurückzukommen, führt er aus, dass man auf der einen Seite schon auch sagen könnte, dass man die Bauprojekte nicht verschieben, sondern stattdessen umsetzen möchte. Auf der anderen Seite müsse man dann allerdings beachten, dass dadurch die Verschuldung höher ausfallen und der Verwaltungshaushalt noch stärker durch Zins- und Tilgungszahlungen belastet werden würde. Von daher müsse man diese Zusammenhänge immer im Blick haben, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Stadträtin Leininger erwähnt, dass sie den Ausführungen von Stadtrat Dr. Meyer zum Teil nicht folgen können, da gerade von ihm immer dahingehend gemahnt werde, die Verschuldung möglichst gering zu halten. In diesem Zusammenhang könne sie sich auch keine Zustimmung zu einer höheren Verschuldung vorstellen beziehungsweise erwarte dies auch gar nicht. Die vorliegende Liste sei bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung sehr ausführlich unter den Aspekten der Auswirkungen auf die Bildungs- und Kulturlandschaft diskutiert worden. Dabei habe man festgestellt, dass man es bei den Schulbauprojekten mit einem sehr sensiblen Bereich zu tun habe. Zumal es sich hierbei um die größten Baumaßnahmen handle, über die man zu allererst diskutiere. Diese Schulbauten werden nun nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben, erklärt Stadträtin Leininger. Nun sei allerdings in der bisherigen Diskussion deutlich geworden, dass die Betroffenen von diesen Verschiebungen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Zwar sei dies richtig, aber im Lichte der Situation müsse man tatsächlich diesen Aufschlag in den Gremien des Stadtrates machen. Zumal Stadträtin Leininger der Meinung sei, dass die Verwaltung mit dem vorliegenden Vorschlag gut vorgearbeitet habe, sodass man für die gesamte Stadt eine Perspektive besitze. Im Zuge der Diskussion um die vorliegende Liste müsse man die Frage

klären, an welcher Stelle eine Verschiebung am besten verträglich sei. Hierbei bilde die vorliegende Liste eine Arbeitsgrundlage, führt Stadträtin Leininger aus. So weit wie Stadtrat Witty, der gleich von einer Zukunftsliste spreche, möchte sie allerdings nicht gehen. Vielmehr handle es sich vorliegend um eine Liste, die ganz hart durch die derzeitige Haushaltslage bedingt sei. Innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens müsse man sich nun bewegen und das Beste aus der Situation machen. Stadträtin Leininger habe es nun so verstanden, dass innerhalb dieses Rahmens die eine oder andere Verschiebung von Bauprojekten möglich sei. Deshalb sei es auch sehr richtig, dass man in der heutigen Ausschusssitzung nicht über die vorliegende Beschlussvorlage entscheide, sondern die Thematik noch einmal für weitere Besprechungen zurück in die Fraktionen gebe. Hierbei sei es für Stadträtin Leininger dringend notwendig, dass sich die einzelnen Stadtratsfraktionen auch untereinander über dieses Thema verständigen, da man angesichts der Schärfe der Lage einfach auch gemeinsame Ideen entwickeln sollte. Darüber hinaus sehe sie den von Stadtrat Achhammer vorgebrachten Hinweis auf die INKoBau GmbH & Co. KG als sehr wichtig und auch richtig an. Hierbei sollte man eventuell einmal nachprüfen, inwiefern bei der INKoBau GmbH & Co. KG Kapazitäten für gewisse Bauprojekte frei seien. Des Weiteren stimmt Stadträtin Leininger den Ausführungen von Stadtrat Achhammer in dem Punkt zu, dass es sich bei der notwendigen Bereitstellung von Containern für den Schulunterricht um eine beklagenswerte Geschichte handle. Allerdings gehe es einfach nicht anders, so Stadträtin Leininger. Immerhin könne man mit der vorliegenden Liste sagen, dass die Theatersanierung, wenn auch auf einen Gesamtkostenbetrag von 110 Millionen Euro gedeckelt, weitergehe. Darüber hinaus könne man der vorliegenden Tabelle auch entnehmen, dass die notwendigen Ertüchtigungen der Schulschwimmbäder vorgenommen werden sollen. Entgegen des vor kurzem eingereichten Antrags der CSU-Stadtratsfraktion könne man allerdings keine neuen Schulschwimmbäder bauen. Stadträtin Leininger wünsche sich, dass man zusammen auf die Thematik schaue und dabei die Frage nach dem, wie es weiter gehen könne, im Vordergrund stehe.

Stadtrat Dr. Schuhmann berichtet, dass man bei der damaligen Vorstellung des Immobilienmanagements voll des Lobes gewesen sei, da man eine Handlungsanweisung für die Zukunft bekommen habe. Damals habe allerdings wahrscheinlich kein Mitglied des Stadtrates gedacht, dass man einmal vor die Entscheidung gestellt werde, an welcher Stelle man Bauprojekte verschieben müsse. Bei seinen Ausführungen möchte sich Stadtrat Dr. Schuhmann zunächst einmal auf die Hochbaumaßnahmen konzentrieren, da es hierbei um die Kinder in Ingolstadt und um eine tatsächlich existenziell wichtige Frage gehe. Stadtrat Dr. Schuhmann verwahre sich bei dieser Thematik auch ausdrücklich gegen die Schärfe der Diskussion, so wie man sie in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung erlebt habe. Weshalb er auch darum bittet, es hierbei nicht zu parteitaktischen Spielchen kommen zu lassen. Man habe sich die aktuelle Situation nicht ausgesucht, sondern von großen Steuerzahlern sei überraschend mitgeteilt worden, dass für die nächsten Jahre weniger Gewerbesteuer an die Stadt Ingolstadt fließen werde. Insofern handle es sich hierbei um eine Notsituation, bei der man vielmehr zusammenhalten sollte. Die grundsätzliche Forderung der SPD-Stadtratsfraktion in dieser Angelegenheit sei es, dass der Betrieb in den Schulen und Kitas, bei denen nun eine Verschiebung der Baumaßnahmen vorgeschlagen werde, trotzdem geordnet weiterlaufen müsse. Sollte dies verbindlich zugesagt werden, dann könnte sich Stadtrat Dr. Schuhmann dem von Herrn Fleckinger in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung vorgebrachten Vorschlag anschließen, zunächst über die Umsetzung der in der vorliegenden Liste grün hervorgehobenen Bauprojekte zu beschließen. Gleichzeitig müsse man dann allerdings im kommenden Jahr noch einmal in eine echte Diskussion zu den gelb- und roteingefärbten Baumaßnahmen einsteigen. Des Weiteren bedauere es Stadtrat Dr. Schuhmann auch, dass man bisher noch keine Reaktion von denjenigen gehört habe, die von den Verschiebungen betroffen seien.

Stadtrat Böttcher führt aus, dass am Ende die Fakten und Zahlen entscheiden werden. Das, was man in der heutigen Ausschusssitzung besprochen habe, werde man auch noch einmal

mit in die Fraktionen nehmen. Feststehe, dass man in dieser Systematik die wichtigsten Dinge umsetzen werde und letztendlich auf das eine oder andere verzichten müssen. Dabei helfe das ganze drumherum Gerede aus der heutigen Sitzung allerdings auch nicht weiter, so Stadtrat Böttcher. Deshalb ist er der Meinung, dass die Stadtratsmitglieder hierzu noch einmal nacharbeiten müssen. In diesem Zusammenhang hofft Stadtrat Böttcher auch darauf, dass man von der Verwaltung noch einmal detailliertere Unterlagen bekomme, die die Entscheidung für den Stadtrat etwas leichter gestalten.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont noch einmal, dass es sich vorliegend um eine Orientierungslinie handle, die ein atmendes System darstelle. So hätte beispielsweise kein Mensch vor zwei Jahren gedacht, dass die Schillerbrücke in Angriff genommen werden müsse. Solche Maßnahmen kämen einfach dazwischen und müssten aber auch dringend angegangen werden. Zum anderen behaupte niemand, dass die Gewerbesteuer über Jahre hinweg auf Null bleiben werde, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Dass es sich bei der Bauinvestitionsplanung um ein atmendes System handle, könne man auch daran erkennen, dass man die Liste, die man sich vor zwei Jahren vorgenommen habe, momentan modifiziere. Oberbürgermeister Dr. Scharpf ist allerdings in diesem Kontext der Ansicht, dass diese Liste ständig an die aktuelle Situation angepasst werden müsse. Deshalb werde man in der heutigen Ausschusssitzung auch keine konkrete Beschlussfassung über die Umsetzung von einzelnen Projekten vornehmen. Stattdessen solle ein gewisser Rahmen vorgegeben werden, bei dem die Verwaltung wissen müsse, in welche Richtung es nun aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation gehe.

Herr Fleckinger führt aus, dass er den Ausschussmitgliedern gerne noch einige Ausführungen zum Zahlenwerk mitgeben möchte. Hierzu habe er eine kurze Präsentation vorbereitet, um die Dimension der Investitionsliste im Vergleich zu den Vorjahren rückblickend bis zum Jahr 2014 darstellen zu können. Auf der Folie 1 der Präsentation seien die Hoch- und Tiefbaumaßnahmen in den Planansätzen rückwirkend bis zum Jahr 2014 zusammengestellt worden. Dabei könne man erkennen, dass der gelbe Graph ab dem Jahr 2024 die Investitionsliste für den Hoch- und Tiefbaubereich in den Planansätzen abbilde. Herr Fleckinger möchte an dieser Stelle betonen, dass es sich bei der vorliegenden Liste weder um eine Sparliste noch um eine Streichliste handle. Die Folie 2 der Präsentation zeige konkret die Planansätze für die Hochbaumaßnahmen auf. Hierbei könne man anhand des gelben Graphens gut ablesen, dass man in den nächsten Jahren eine deutliche Steigerung in den Gesamtinvestitionssummen erhalte. Herr Fleckinger weist darauf hin, dass man im gelben Bereich immer die Vorgabe gehabt habe, das Kreditaufnahmelimit von 350 Millionen Euro einzuhalten. Die Folie 3 der Präsentation zeige die Entwicklung der rückwirkenden Jahre im Bereich des Tiefbaus. Hier könne man erkennen, dass man im Jahr 2023 einige Spitzenbereiche gehabt habe. Hierfür seien zum Beispiel die Baumaßnahmen an der Roßmühlstraße, die Ostumgehung Etting und das Baugebiet Manchinger Straße verantwortlich, die mit einem erheblichen Millionenbetrag diesen Graphen nach oben ziehen. Für die künftigen Jahre könne man allerdings anhand dieser Präsentationsfolie ablesen, dass man bei den Planansätzen im Tiefbaubereich durchaus in einer vernünftigen Linie liege. Herr Fleckinger erwähnt, dass die vorliegende Investitionsliste die Baumaßnahmen ab einer Größenordnung von einer Million Euro darstelle. Von daher seien die Rad- und Fußwegverbindungen dort nicht aufgeführt, da es sich hierbei um Kleinmaßnahmen handle, die unter der Millionengrenze liegen würden. Für die Jahre 2024 bis 2027 seien für diese Kleinmaßnahmen insgesamt 7,1 Millionen Euro eingestellt. Diese Kleinmaßnahmen würden auch noch in den grünen Bereich des Bauinvestitionsprogrammes aufgenommen werden, so Herr Fleckinger. Insgesamt liege das Investitionsprogramm derzeit in einer Gesamtgrößenordnung von unter 200 Millionen Euro. Dabei werde das Investitionsprogramm ganz konkret in die Stadtratssitzung im Februar 2024 zur Beschlussfassung gegeben. Das von Oberbürgermeister Dr. Scharpf beschriebene atmende System sei im gelben Bereich abzuwickeln, erklärt Herr Fleckinger. Dieser Bereich könne dann natürlich unterjährig noch mit etwaigen Verschiebungen diskutiert werden. Zum grünen Bereich der Investitionsliste müsse man dazu sagen, dass darin die Projekte beinhaltet

sein, die sich derzeit in der Ausführung oder aufgrund von entsprechenden Stadtratsbeschlüssen in der ganz konkreten Planung befinden. Herr Fleckinger teilt mit, dass für die Kreditaufnahmen intern ein Limit in Höhe von 350 Millionen Euro vorgegeben worden sei. Natürlich besitze der Stadtrat dabei die Möglichkeit, dieses Limit unterjährig anzuheben. Dazu müsse man allerdings wissen, dass die derzeitige Zinslast für diese 350 Millionen Euro bis zum Jahr 2027 zwischen 18 und 20 Millionen Euro im Jahr betrage. Diese Zinslast werde ab dem Jahr 2027 dann im vollen Umfang dem Verwaltungshaushalt als zusätzlich Kosten auferlegt. Die Bitte des Finanzreferats sei es nun, dass man bis Anfang Januar 2024 das Votum des Stadtrates zum eigentlichen Investitionsprogramm vorliegen habe. Wie bereits erwähnt, werde man dieses Programm noch um die Kleinmaßnahmen im Tiefbaubereich und um bestimmte Positionen im Hochbaubereich ergänzen. Was den gelben und roten Bereich der Investitionsliste betreffe, müsse man dann unterjährig nachrüsten und Jahr für Jahr diese Projekte in die Investitionsplanung aufnehmen.

Herr Engert schildert, dass die vorliegende Investitionsliste Projekte aufgreife, die dem Stadtrat größtenteils schon seit langem bekannt seien und für die es eine ganze Reihe an grundlegenden Beschlüssen gebe. Bei diesen Beschlüssen handle es sich beispielsweise um das Mittelschulkonzept, die Gymnasial- und Realschulentwicklung, den Kindergartenausbau oder auch um Genehmigungen für einzelne Maßnahmen. Die vorliegende Liste stelle deshalb lediglich den Versuch dar, diese Projekte in Anbetracht einer schwieriger werdenden Finanzsituation neu zu staffeln und zu ordnen. Bei der Erstellung dieser Tabelle sei dabei sehr genau darauf geachtet worden, dass die im Schul- und Kitabereich unabdingbar notwendigen Maßnahmen auch durchgeführt werden. Unabdingbar notwendige Maßnahmen seien dabei Projekte, bei denen neuer Schulraum geschaffen werde. Denn aufgrund von steigenden Schülerzahlen werde der Bedarf an Schulräumen immer größer, erklärt Herr Engert. Dies bedeute, dass in der Investitionsliste alles Notwendige enthalten sei, um die Schülerinnen und Schüler, die in den nächsten zehn Jahren in Ingolstadt dazukommen werden, beschulen zu können. Verschiebungen habe man dabei nur bei den Baumaßnahmen vorgenommen, bei denen man es für vertretbar halte oder bei denen sich die Verschiebung bereits von selbst ergebe, betont Herr Engert. So könne man beispielsweise die Generalsanierung des Apian-Gymnasiums nicht vor dem Jahr 2027 beginnen, da das hierzu für Ausweichunterrichtsräume benötigte Bauteil Nord bis dahin noch von der Grundschule Haunwöhr/Hundszell belegt sein werde. Insofern beinhalte die vorliegende Investitionsliste einige Verschiebungen, die sich aus der Sachlage und nicht aus der derzeitigen Finanzsituation ergeben würden. Herr Engert möchte in diesem Zusammenhang auch noch die Mittelschule Nordost als ein weiteres Beispiel nennen. Zu diesem Projekt habe ein Bürgerentscheid stattgefunden, dessen Ausgang die Planungen um einige Jahre zurückgeworfen haben. Um die künftigen Schülerzahlen in diesem Sprengel trotzdem noch auffangen zu können, baue man deshalb nun in Oberhaunstadt ein Modulgebäude, dessen Kapazitäten bis zum Schuljahr 2029/30 ausreichen sollen. Dieses Vorgehen ermögliche es der Verwaltung, bei der Mittelschule und bei der Realschule im Nordosten entsprechend so vorzugehen, wie man es vorschlage, schildert Herr Engert. Zusammengefasst bedeute dies, dass alle wichtigen Schulbauprojekte in der vorliegenden Investitionsliste enthalten seien. Im Übrigen verwehre sich Herr Engert gegen den von Stadtrat Dr. Meyer verwendeten Ausdruck einer zusammengeschusterten Liste. Zu den von Stadtrat Dr. Meyer angesprochenen Schulschwimmbädern führt Herr Engert aus, dass man schon lange nicht mehr das Konzept eines zentralen Schwimmbads verfolge, da es einen Unterschied zwischen einem Sportbad und einem Lehrschwimmbecken gebe. Zumal es insbesondere im Interesse der Grundschulen liegen würde, dass vor allem Lehrschwimmbecken in den Schulen erhalten werden. Darüber hinaus habe Herr Fleckinger bereits darauf hingewiesen, dass bei den noch nicht begonnenen Maßnahmen jedes Jahr im Rahmen der Haushaltsaufstellung nachjustiert werden könne. Dies bedeute, dass der Stadtrat bei jeder Aufstellung des Haushalts neu für das kommende justieren könne, ob eine Maßnahme schneller oder langsamer durchgeführt werden solle. Insofern sei in der Investitionsliste auch noch viel Spielraum enthalten. Dem Vorschlag von Stadtrat Achhammer, wieder eine kleine Abteilung im Kulturreferat für Hochbauprojekte zu schaffen,

könne Herr Engert nicht zustimmen und würde dies auch nicht empfehlen. Bei einer solchen Konstruktion, die damals für eine bestimmte Zeit sicherlich notwendig und sinnvoll gewesen sei, gebe es keine zwischengeschaltete Amtsleitung. So würden dann Aufträge, Rechnungen oder auch Bauanweisungen von einem Referenten unterschrieben, der nicht beruflich ausgewiesen sei. Diese Handhabung würde daher auf Dauer nicht funktionieren, da die täglich anfallenden Aufgaben von Fachleuten wie dem Baureferenten oder der Hochbauamtsleitung bewertet und unterzeichnet werden müssen. Insofern habe es sich damals um eine Notlösung gehandelt, die man nicht als Dauerlösung betreiben könne.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schließt sich den Ausführungen von Herrn Engert bezüglich des Vorschlags, eine Abteilung für Hochbauprojekte im Referat IV einzurichten, an. So können beispielsweise die Referatsbeamten im Referat IV bei aller fachlichen Wertschätzung keine ausgehobene Baugrube abnehmen. Insofern gehöre dieser Aufgabenbereich in die fachlich dafür zuständigen Stellen, betont Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Zwar sei die angesprochene Notlösung zur damaligen Zeit sicherlich gut gewesen, aber sie stelle für die Zukunft keine tragfähige Lösung dar.

Stadtrat Dr. Schuhmann habe in seinen vorherigen Ausführungen treffend erwähnt, dass man sich die derzeitige Situation nicht ausgesucht habe, führt Herr Hoffmann aus. Auch im Baureferat habe man sich die aktuelle Gegebenheit nicht ausgesucht. Insofern habe man die Bauinvestitionsplanung in sehr kurzer Zeit nach gewissen Vorgaben und mit dem vorhandenen Personal so gründlich wie möglich entsprechend aufbereitet. Viele der Kolleginnen und Kollegen im Baureferat seien allerdings auch selbst in entsprechenden Projekten eingebunden, aus denen man sie kurzfristig nicht in eine spezielle Taskforce habe herauslösen können, in der man dann jeden Detailspekt von jeder einzelnen Maßnahme ganz genau hätte beleuchten können. Auf der anderen Seite sei dies vielleicht aber auch gut gewesen, da man ansonsten noch lange nicht mit der Investitionsplanung fertig wäre. Herr Hoffmann erläutert, dass bei der Erstellung der vorliegenden Investitionsliste gewisse Kriterien angelegt worden seien. Aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung habe er mitgenommen, dass sich die Stadtratsmitglieder gerne eine Information zu diesen Kriterien für ihre Entscheidung wünschen würden. Aus diesem Grund möchte Herr Hoffmann kurz auf diese Kriterien, mit denen man bei der Listenstellung operiert habe, eingehen. Hierzu müsse man allerdings auch sagen, dass man die einzelnen Kriterien mit einer gewissen Gewichtung versehen habe. Somit handle es sich um eine gewichtete Investitionsliste, die man natürlich unterschiedlich werten könne. Zu getroffenen Gewichtung versichert Herr Hoffmann, dass man es sich durchaus nicht einfach gemacht, sondern lange über die richtige Gewichtung diskutiert habe. Als erstes Kriterium sei das berufliche Potenzial einer Verschiebung bewertet worden, erklärt Herr Hoffmann. Dabei habe man erörtert, inwiefern man die jeweilige Baumaßnahme unter der Betrachtung der beruflichen Aspekte noch schieben könne. Als zweites Kriterium seien die Effekte des Projektes auf die Beschulung und die Betreuung der Kinder sowie auf den Betrieb eines Gebäudes betrachtet worden. Beim dritten Kriterium habe es sich um das Potenzial für eine Haushaltsentlastung gehandelt. Beim vierten Kriterium seien die Folgekosten bei einer Nichtdurchführung einer Maßnahme bewertet worden. Zwar seien die jeweiligen Projekte nicht immer einem Sachverständigen zur Berechnung gegeben worden, aber trotzdem habe man sich durchaus Gedanken über die Folgekosten gemacht. Beim fünften Kriterium seien tatsächlich die Nachhaltigkeitsaspekte betrachtet worden, führt Herr Hoffmann aus. Von der Gewichtung her habe man die Nachhaltigkeitsaspekte allerdings relativ niedrig gewichtet. Durch das Abwägen aller Kriterien sei man am Ende dann zu einer entsprechenden Einstufung gekommen, bei der man gesehen habe, welche Projekte man dringend angehen müsse. Da es sich um sehr viele Schulprojekte handle, die man angehen möchte und in denen man auch schon mitten in den Planungen stecke, möchte Herr Hoffmann in diesem Zusammenhang noch einmal auf einen wichtigen Punkt hinweisen, der vielleicht noch nicht ganz verständlich gewesen sei. Der Summenstrich, den man verwaltungsintern gebildet habe, um die Verschuldungsgrenze von 350 Millionen Euro nicht zu überschreiten, liege unterhalb des in der Investitionsliste gelb eingetragenen Bereichs und entwickle sich zwischen

den gelb- und roteingefärbten Bereichen. Natürlich seien nur die Projekte momentan im Haushalt abgebildet, die sich im grüneingefärbten Bereich befinden würden. Die Projekte im hellgrüneingefärbten Bereich werden derzeit noch geplant, was bedeute, dass diese Bauvorhaben auch irgendwann einmal gebaut werden müssen. Insofern umfasse der gelbeingefärbte Bereich die Ansätze für die Bauausführung der Vorhaben, die sich im hellgrüneingefärbten Bereich derzeit noch in der Planung befinden. Deshalb werden die Projekte im hellgrüneingefärbten Bereich auch irgendwann einmal in den grüneingefärbten Bereich nachrücken. Dieser Aspekt sei bereits in der Mittelfristplanung durchaus bedacht und in die 350 Millionen Euro Verschuldungsgrenze eingepreist worden. Herr Hoffmann erwähnt, dass in der bisherigen Diskussion auch die Frage aufgetreten sei, wie die Reaktionen der Nutzer auf die Verschiebungen ausfallen würden. Hierbei weist er darauf hin, dass derzeit das Kulturreferat und das Baureferat ohnehin noch einmal eine Veranstaltung mit den Schulleitern vorbereite. Nichtsdestotrotz habe Herr Hoffmann aber auch schon unter anderem mit den Schulleitern des Apian-Gymnasiums, des Christoph-Scheiner-Gymnasiums und des Reuchlin-Gymnasiums gesprochen. Wobei sich das Gespräch mit der Schulleiterin des Christoph-Scheiner-Gymnasiums hauptsächlich mit der Thematik um die Turnhalle befasst habe. Mit der Schulleiterin des Reuchlin-Gymnasiums habe Herr Hoffmann telefoniert, da diese Schule in gewisser Weise relativ hart getroffen werde. Dabei habe er verstanden, dass diese Situation für die dortigen Kolleginnen und Kollegen überhaupt nicht schön sei. Auf der anderen Seite habe die Schulleiterin des Reuchlin-Gymnasiums aber auch verstanden, dass die derzeitige Situation auch für die Verwaltung nicht angenehm sei und man ihnen all diese Projekte schon gerne hätte ermöglichen wollen. Herr Hoffmann führt aus, dass in der bisherigen Diskussion auch die Auslastung des Hochbauamtes angesprochen worden sei. Hierzu betont er, dass diese Auslastung bei weitem nicht gegen null gehe. Ganz im Gegenteil gebe es im Hochbauamt immer noch umbesetzte Stellen, schildert Herr Hoffmann. So komme manche Verschiebung eines Projektes dem Hochbauamt allerdings offen gesagt auch ein Stück weit zugute, weil man so ein Projekt nach dem anderen angehen könne. Vorher habe man manchmal nicht gewusst, wie man alle Projekte hätte bewältigen sollen. An Stadtrat Achhammer gerichtet führt Herr Hoffmann aus, dass man in der Verwaltung nicht nur über diese neuen Modelle nachdenke, sondern sie auch ausprobieren. Als Beispiel hierfür nennt er die Kita Fort Peyerl, bei der man eine Totalunternehmerausschreibung durchführen werde. In Friedrichshofen habe man sich diese Option in dem ganzen Wettbewerbsprozess noch offengelassen, wobei man derzeit darüber nachdenke, hierfür auch eine Totalunternehmerausschreibung vorzunehmen. Da bei einer Totalunternehmerausschreibung die Planung und der Bau aus einer Hand erfolgen, könne eine Baumaßnahme tatsächlich auch etwas schneller umgesetzt werden. Insofern müsse man auch in diesem Bereich neue Wege beschreiten, so Herr Hoffmann. Zumal er auch nicht sagen würde, dass die Beschreitung solcher neuen Wege aus rechtlichen Gründen nicht gehe. So haben sowohl das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr als auch die Regierung von Oberbayern inzwischen ihre bisherige Haltung zu diesen neuen Modellen geändert. Von daher werde man diese Wege auch beschreiten. An Stadtrat Dr. Meyer gewandt erklärt Herr Hoffmann, dass man natürlich gewisse Gelder in den Jahresscheiben liegen lassen werde. Selbstverständlich wäre es günstiger, wenn man nun alles gleichzeitig und optimal umsetzen könnte. Aber trotzdem komme man nur mit dem Haushalt zurecht, wenn man diese kleinen Summen liegen lasse und versuche, entsprechende Pakete an die Stellen zu bringen, an denen man sie dann auch vernünftig bearbeiten könne, auch wenn dies bedeute, dass man vielleicht ein Jahr lang mehr Heizkosten bezahlen müsse. So gebe es beispielsweise im Apian-Gymnasium ein tatsächliches Hitzeproblem, das angegangen werden müsse. Hierzu habe Herr Hoffmann auch schon mit dem Schulleiter des Apian-Gymnasiums gesprochen und ihm dabei erklärt, dass man nicht sofort die ganze Schule klimatisieren könne, da man ansonsten sprichwörtlich zum Fenster hinaus kühlen würde. Insofern müsse man hier mit Augenmaß eine Lösung finden, die ab einer gewissen Grenztemperatur in den Räumen auf der Südseite des Gebäudekomplexes das Temperaturniveau absenke. Dazu gehöre auch die Reparatur der Sonnenschutzanlagen. Zu den angesprochenen Nachhaltigkeitszielen führt Herr Hoffmann aus, dass man diese schneller erreichen könne, wenn man mehr Geld zur Verfügung habe. Sollte allerdings

weniger Geld zur Verfügung stehen, müsse man hinsichtlich der Nachhaltigkeit Kompromisse eingehen. Zum bereits erwähnten Radwegebau erläutert Herr Hoffmann, dass dieser schon in vielen Straßenausbau- und Sanierungsmaßnahmen bereits beinhaltet sei. Hierbei werde der Radwegebau nicht noch einmal separat ausgewiesen, da man diese am Rande immer mitmache. Im Übrigen fange man inzwischen damit an, den Straßenraum umgekehrt zu denken. Dabei mache man sich zuerst darüber Gedanken, wie groß die Straßenbreite sei und wie viel man davon für einen Rad- oder Gehweg benötige. Früher sei der Straßenbau noch anders vonstattengegangen, da man damals zuerst darüber nachgedacht habe, wie viel Platz man für einen Pkw benötige. Zu der angesprochenen Thematik mit den Containern führt Herr Hoffmann aus, dass diese der Stadt Ingolstadt schon vielfach gehören würden. Deshalb setze man die Container auch an die Stellen um, an denen sie benötigt werden. Insofern handle es sich nicht jedes Mal um neue Container, die man aufstelle. Trotzdem sei es allerdings nicht schön, Kinder im Container zu beschulen. In diesem Zusammenhang möchte Herr Hoffmann noch einmal klarstellen, dass man in Oberhaunstadt keinen Containerbau vorsehe. Stattdessen möchte man einen Modulbau in Holzsystembauweise errichten. Ein solcher Modulbau sei wesentlich höherwertiger als ein Container, sodass man dort die Kinder auch längerfristig vernünftig beschulen könne.

Stadtrat Witty möchte seine vorher getätigte Aussage, dass es sich bei der vorliegenden Investitionsliste um eine Zukunftsliste handle, kurz begründen, da er hierbei anscheinend missverstanden worden sei. Mit dieser Aussage sei nicht gemeint, dass man schon übermorgen sämtliche Bauprojekte abgeschossen habe und dies die optimale Lösung darstelle. Allerdings habe Stadtrat Witty unter diesen Voraussetzungen bisher noch keinen besseren Vorschlag vernehmen können. Wenn es einen solchen geben sollte, würde dies die neue Zukunftsliste werden. Aber so weit sei man noch nicht, entgegnet Stadtrat Witty.

Der Antrag der Verwaltung wird für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen verwiesen.